

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die Koalition hat unseren Antrag abgelehnt, mit dem wir einen eigenen NPD-Verbotsantrag des Bundestages beim Bundesverfassungsgericht erreichen wollten. Für mich ist das ein Schlag ins Gesicht der vielen Opfer der NPD. Ich bin überzeugt, die Beweislage reicht für ein Verbot dieser menschenverachtenden Partei. Diese Ja-Nein-Haltung der Koalition ist unerträglich. Die SPD wird weiterhin mit allen Mitteln gegen diesen staatlich organisierten Rassismus vorgehen.

Das alles beherrschende Thema der Woche war die Steuerhinterziehung von Uli Hoeneß. Da fällt besonders auf: Die Kanzlerin gibt sich zwar „enttäuscht“, fällt aber ansonsten durch Schweigen auf. Keine Regierungserklärung, nichts. Bei einem so wichtigen Thema darf man schon verlangen, dass die Bundeskanzlerin sich den Menschen gegenüber erklärt. Auch der wortgewaltige Horst Seehofer hält sich auffällig zurück. Das zeigt, dass es für ihn in Bayern genauso eng wird wie für Merkel im Bund. Beide spüren, dass ich der Wind dreht, dass die Menschen ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden haben und kein Verständnis für Steuerhinterzieher. Und in Bayern konnten Steuerhinterzieher sich laut Landesrechnungshof offenbar ziemlich lange ziemlich sicher fühlen (z. B. kaum Steuerfahnder).

Dabei ist klar: Wer Steuern hinterzieht, betrügt die Gesellschaft, schadet letztlich allen. Würden alle ordnungsgemäß ihre Steuern zahlen, könnten auch die Steuern für alle gesenkt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird Steuerhinterziehung mit aller Macht bekämpfen. Einen Maßnahmenkatalog haben wir vorgelegt. Vor allem muss man sich bewusst machen: Steuerhinterzieher sind keine „Sünder“, wie die Koalition gern formuliert. Das sind Kriminelle! Das ist eine zynische Verharmlosung und verspottet alle ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Ein kleiner Hinweis noch zum deutsch-schweizer Steuerabkommen, das die SPD zusammen mit den Grünen abgelehnt hat. Nun lamentiert die Koalition und verbreitet Unwahrheiten. Wenn aber dieses Abkommen wirklich so toll gewesen wäre, wie Schwarz-Gelb allenthalben behauptet: Warum haben dann bis auf einer alle geladenen Sachverständigen im Finanzausschuss gegen das Abkommen votiert, ja mehr noch, es einhellig zerrissen?

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, JOHANNES KOLLBECK, ALEXANDER LINDEN,
ANJA LINNEKUGEL, THILO KÜHNE
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 26.04.2013 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	TOP-Thema: SPD scheidert mit NPD-Verbotsantrag im Bundestag	12	Erneute Initiative zur Absicherung der Netzneutralität
04	Nur eine gerechte Gesellschaft ist stark	13	Ausbau der Stromleitungen
06	Steuerhinterziehung ist Oberschichtenkriminalität	15	Von der Leyens Bildungs- und Teilhabepaket
07	Steuerhinterziehung verletzt Solidarität	16	Reloadtaste beim Emissionshandel drücken
08	SPD ist Partner der Realwirtschaft	17	Konsequenzen aus Armuts- und Reichtumsbericht ziehen
09	Mittelstand braucht politische Partner	19	Conterganrenten werden deutlich erhöht
10	Bestechung von Abgeordneten muss endlich strafbar sein	20	Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion
11	Deutschlands Infrastruktur ist ausgepowert	21	Planspiel der SPD-Fraktion
12	Reform der WSV muss rechtssicher sein		

TOP-THEMA

SPD scheidert im Bundestag mit NPD-Verbotsantrag

Auf Initiative der SPD stimmten die Fraktionen über einen NPD-Verbotsantrag ab. Das Ergebnis zeigt, dass die Koalitionsfraktionen keinen Mumm für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht haben.

"Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung", das sagte 2004 der verstorbene ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Uwe Leichsenring in der Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Begründung für ein Verbot der Partei gab er damit selbst. An diesem Donnerstag wurde von der SPD der „Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestag über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD“ (Drs. 17/13227) in das Parlament eingebracht. Die Bundestagsfraktion der SPD plädiert dafür, dass alle Verfassungsorgane geschlossen hinter einem Verbotsantrag stehen sollen – neben dem Bundesrat auch die Fraktionen des Bundestags.

Im deutschen Grundgesetz steht: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“ (Art. 21 Abs. 2 GG) Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist verfassungsfeindlich. Die Beweise befinden sich in einer 1000 Seiten starken „Materialsammlung für ein mögliches Verbotsverfahren“ sowie des "Berichts zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens" (Stand: 09.11.2012) der Bund-Länder-Arbeitsgruppe.

Rassismus mit Steuergeldern finanziert

Im vergangenen Dezember beschloss der Bundesrat, einen Verbotsantrag der rechtsextremistischen Partei NPD beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Kurz darauf entschied die Bundesregierung, keinen eigenen Vorstoß für ein NPD-Verbot riskieren zu wollen. Man sei sich über die Erfolgsaussichten unklar. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) begründete die Zurückhaltung seiner Partei damit, dass man „Dummheit nicht verbieten“ könne.

Für den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) ist es „schwer, bei der NPD von Dummheit zu sprechen“, die man nicht verbieten könne. Er sagte am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag außerdem: „Wenn die Klugen immer nur nachgeben, dann gewinnen am Ende die Dummen.“ Er kenne kein gerichtliches Verfahren, bei dem man vorher zu 100 Prozent sicher sein könne, dass man es gewinnt.

Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, stellte klar: „Die NPD ist antidemokratisch, antisemitisch, rassistisch und in Teilen gewaltbereit.“ Er findet es „unerträglich“, dass solche verfassungsfeindlichen Parteien mit Steuergeldern finanziert werden, wie er im Plenum sagte. Die NPD bekam 2012 rund 1,4 Millionen Euro von den deutschen Steuerzahlerinnen und -zahlern. Auch Staatsbürger mit Migrationshintergrund finanzieren eine verfassungsfeindliche Partei. Auf der Homepage der NPD steht: „Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (eines BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“ Der NPD-Verbotsantrag ist für Boris Pistorius nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Signal an die Zivilgesellschaft.

„Die NPD bekämpft die freiheitlich-demokratische Grundordnung und vor allem die Menschenrechte. Sie möchten Menschen mit anderer Hautfarbe oder Religion aus Deutschland vertreiben,“ sagte Oppermann und fügte hinzu, dass Demokratie stark genug sein mag, solchen verfassungsfeindlichen Parteien standzuhalten, „die Opfer sind es nicht“.

Aus den Trümmern der nationalsozialistischen Tyrannei aufgebaut

Von SPD-Seite heißt es, dass die NPD nicht allein von zivilgesellschaftlichen Organisationen bekämpft werden kann. Ein demokratischer Rechtsstaat müsse mit allen verfügbaren Mittel für ein Verbot eintreten, um einer Partei Einhalt zu gebieten, die sich mit gewaltbereiten Gruppen umgibt. Die Gefahren, die solch organisiertes Potenzial birgt, wurden am Fall „NSU“ deutlich. Viele NPD-Funktionäre kommen zudem aus neonazistischen Organisationen wie dem „Thüringer Heimatschutz“, der „Nationalistischen Front“ oder den „Skinheads Sächsische Schweiz“ – so auch viele Mitglieder des Bundesvorstands.

Es sei geboten, die Chance eines NPD-Verbots zu ergreifen. Dafür sprach sich der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Hartmann, im Plenum aus und begründete das: „Wir leben in einem Land, dass aus den Trümmern der nationalsozialistischen Tyrannei aufgebaut wurde.“

Geschichte darf sich nicht wiederholen. Die Gefahr besteht aber, solange wir Menschen wie Jürgen Gansel demokratische legitimierte Mandate in Kreis- oder Landtagen haben, die Sätze aussprechen wie: "Auf diesen bundesdeutschen Stasi-Staat, der keine Demokratie sondern deren Karikatur ist, spucke ich." (Jürgen Gansel, NPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen am 26.1.2006 im Sächsischen Landtag; s. Sächsischer Landtag Plenarprotokoll 4/41 vom 26. Januar 2006.)

Boris Pistorius appellierte an die Abgeordneten im Bundestag, für einen NPD-Verbotsantrag zu stimmen, denn „wir schulden es den Opfern rechtsextremistischer Gewalt“. Die Abstimmung brachte folgendes Ergebnis: Von 577 anwesenden Abgeordneten waren nur 211 dafür, 40 enhielten sich. Die Fraktion der Grünen hatte bereits im Vorfeld angekündigt, sich zu enthalten. Die Union gebe ein klägliches Bild der Unentschlossenheit ab, hatte Thomas Oppermann bereits am Mittwoch vor der Hauptstadtpresse gesagt.

SOZIALES

Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft

Peer Steinbrück machte in seiner Rede in der Debatte zur Lohn- und Sozialpolitik im Bundestag deutlich, dass „die industriellen Fertigkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit, ein starker Mittelstand mit einem besonderen unternehmerischen Ethos, eine sehr gute Forschungslandschaft, die duale Ausbildung und die Sozialpartnerschaft“ Deutschland stark gemacht hätten.

Aber für Deutschlands Stärke stünden noch mehr „das Aufstiegsversprechen an alle tüchtigen und fleißigen Bürgerinnen und Bürger, die Chance auf einen besseren Bildungsabschluss, als ihn die Eltern gehabt hätten, die faire Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg oder intakte Kommunen, die Bildung, Sport, Kultur, Sicherheit und Kinderbetreuung als Leistungen für all diejenigen bereit stellen, die es sich privat nicht leisten können“, stellte Steinbrück fest. Für ihn zählten auch der Sinn für Maß und Mitte, für Anstand und Fairness. Die soziale Marktwirtschaft könne nur durch den sozialen Ausgleich existieren. Auch heute sei Deutschland stark, aber nicht alle könnten daran teilhaben, sagte Steinbrück.

Heute arbeiten 6,8 Millionen Menschen in Deutschland für einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro. 1,4 Millionen von ihnen verdienen weniger als fünf Euro in der Stunde. Fast 1,5 Millionen Menschen im Alter von 25 bis 35 Jahren haben keinen Schul- und keinen Berufsabschluss. 71 von 100 Akademikerkindern besuchen die Hochschule. Aus Arbeiterfamilien sind es nur 24 von 100 Kindern. Und Frauen verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer für die gleiche Arbeit.

Anstand, Ehrlichkeit und Fairness werden mit Füßen getreten

Es gebe nicht nur das Unverständnis der Bürgerinnen und Bürger darüber, dass ihre persönliche Leistung weniger wichtig und weniger wert sei, sondern auch Engpässe bei der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge, führte Steinbrück aus. Und es gebe gleichzeitig unverhältnismäßige Boni, die keinen Leistungsbezug hätten. Es gebe gefälschte Doktorarbeiten, Lobbygesetze und einen lässlichen Umgang mit Steuerbetrug. All dies, warf Steinbrück der Bundesregierung vor, trete die Werte Anstand, Ehrlichkeit und Fairness mit Füßen. „Während eine Kassiererin wegen einer Pfandwertmarke von 50 Cent ihren Job verlieren kann, bleiben Millionen schwerer Steuerbetrüger in der Anonymität, werden gar nicht erst erkannt oder kommen mit einer Nachzahlung davon“, stellte Steinbrück klar. Er fragte sich, wie das auf die Bürgerinnen und Bürger wirke. Denn nicht der Fall Hoeneß sei das Problem, sondern die vielen unentdeckten Fälle von Steuerbetrug und die legale Steuervermeidung von Unternehmen, die nationale Steuersysteme gegeneinander ausspielten, seien das eigentliche Problem.

Steinbrück warnt vor einer Krise unserer Gesellschaft

Die Bundesregierung habe den Elan, den Frankreich und die OECD 2009 entfacht hätten, um Steuerbetrug und -hinterziehung auf internationaler Ebene zu bekämpfen, nicht genutzt, beklagte Steinbrück. Anstatt dessen habe sie ein Steuerabkommen mit der Schweiz präsentiert,

das Steuerbetrüger in der Anonymität belasse und mit einem Ablass hätte davon kommen lassen. Sie habe noch nicht einmal denselben Informationsaustausch aushandeln können, der für die Steuerbürger der USA gelte, hielt er der Regierung vor. Dieser von SPD und Grünen abgelehnte Entwurf werde von der Koalition bis heute mit „kranken Argumenten“ schön geredet. Wenn die Auflösung von Werten wie Anstand, Fairness, Ehrlichkeit und sozialer Balance weiter geduldet werde, würden unsere Gesellschaft und wirtschaftliche Ordnung in eine Krise geraten, mahnt Steinbrück. Es helfe nicht, wenn die Bundeskanzlerin in einem Einzelfall enttäuscht sei, sondern sie sei gefordert, das Wertefundament von Politik und Wirtschaft zu erneuern. Doch das vermisse er bei Merkel.

Eine ungerechte Gesellschaft rechnet sich für niemand

„Ich bin davon überzeugt, dass nur eine gerechte Gesellschaft auch eine starke Gesellschaft ist“, sagte Steinbrück. Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich seien die wesentlichen Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg, und umgekehrt sei dieser notwendig für sozialen Ausgleich. „Eine ungerechte Gesellschaft rechnet sich für niemand – auch nicht für die Wohlhabenden“, unterstrich Steinbrück und warnte vor einem „Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts“. Als Beispiele für soziale Ungerechtigkeit in Deutschland nannte er die Ausgrenzung von Frauen am Arbeitsmarkt, nur weil diese Kinder haben wollten. Das sei nicht nur individuell ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlicher Unsinn, vor allem mit Blick auf die demografische Entwicklung und weil junge Frauen bessere schulische, berufliche und akademische Abschlüsse hätten als Männer. Außerdem vernichteten Dumpinglöhne Arbeitsplätze bei verantwortungsbewussten Unternehmen, die sich anständig verhalten, sagte Steinbrück. Diese Dumpinglöhne müssten dann zu Lasten der Steuerzahler aufgestockt werden, was an die 10 Milliarden Euro kosten könne. Ebenso sei ein Bildungssystem für die gesamte Gesellschaft schädlich, in dem nicht Anstrengung und Leistung, sondern Einkommen und Beziehungen der Eltern für Aufstieg sorgten. Gerade wegen der demografischen Entwicklung dürfe kein Kind zurück gelassen werden, forderte Steinbrück. Deshalb sei eine zweite Chance notwendig.

Soziale Ausgrenzung erzeugt soziale Folgekosten

Weitere soziale Ungerechtigkeit machte Steinbrück dadurch aus, dass finanziell marode Kommunen nicht mehr in der Lage seien, sozial benachteiligte Menschen zu integrieren. Das erzeuge soziale Folgekosten, weil unsere Kommunen finanziell nicht in die Lage versetzt würden, soziale Entfremdung zu vermeiden. Wenn immer mehr Menschen von Aufstiegschancen ausgeschlossen würden, würden sie zwangsläufig resignieren. Deshalb wollten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in einen vorsorgenden statt in einen reparierenden Sozialstaat investieren. Dazu gehöre, dass starke Schultern einen höheren Beitrag leisten müssten, um öffentliche Aufgaben zu finanzieren.

Das Miteinander und die soziale Teilhabe organisieren

Peer Steinbrück forderte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, eine angemessene Ausstattung von Kommunen sowie den Ausbau von Kinderbetreuung anstatt eines Betreuungsgeldes. Alldem liege aus seiner und aus Sicht der SPD die Idee zugrunde, wie das Miteinander in unserer Gesellschaft und gesellschaftliche Teilhabe zu organisieren seien und wie für Gleichberechtigung in einem modernen Deutschland gesorgt werden könne. „Es ist die Idee von einer Gesellschaft, die Leistung honoriert, die gegen die großen Lebensrisiken wie Krankheit, Altersarmut und Arbeitslosigkeit absichert, aber die allen Menschen eine zweite und vielleicht auch eine dritte Chance gibt“, sagte Steinbrück. Armut dürfe nicht der Caritas zugeführt werden. Es gehe nicht nur um den Preis einer solidarischen Gesellschaft, sondern um den Wert einer solidarischen Gesellschaft.

SPD-Antrag: Deutschland 2020 – Gerech und solidarisch

Anlass für die Debatte waren die erste Lesung des Gesetzentwurfs des Bundesrates zur Festsetzung des Mindestlohns sowie der Antrag der SPD-Antrag „Deutschland 2020 – Gerech und Solidarisch“ (Drs. 17/13226) sowie weitere Anträge der Oppositionsparteien.

Die SPD-Fraktion hat das Ziel, dass Deutschland bis zum Jahr 2020 eine gerechtere und solidarische Gesellschaft wird. Dazu hat sie mit ihrem Antrag einen umfassenden Katalog von miteinander verbundenen Maßnahmen vorgelegt. Zu den Forderungen gehören ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt für gute Arbeit und faire Löhne sowie neue Regeln für Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs. Zudem soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf und Familie durch gleiche Bezahlung, das Recht auf befristete Teilzeit und ein Rückkehrrecht in Vollzeitarbeit, ein geschlechtergerechtes Steuersystem und mehr Frauen in Führungspositionen erreicht werden. Ebenso sollen die Teilhabechancen für Menschen mit Behinderung verbessert werden. Ein solidarisches Miteinander der Generationen ist ein weiteres Ziel. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen steht dabei ebenso im Fokus wie der Bedarf älterer Menschen. Auch die Kommunen und Regionen müssen in ihrer Entwicklung besser unterstützt werden und brauchen verlässliche Finanzen. Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt soll wieder für alle möglich sein. Bei allen Zielen und Maßnahmen orientiert sich die SPD-Fraktion am Leitbild der Nachhaltigkeit.

FINANZEN

Steuerhinterziehung ist Oberschichtenkriminalität

Der Fall Hoeneß hat die Debatte über Steuerhinterziehung noch stärker ins öffentliche Bewusstsein eingebrannt. Fakt ist: Steuern zu bezahlen, ist eine gesetzliche Pflicht für jeden Bürger, jede Bürgerin der Bundesrepublik. Steuerhinterziehung ist kriminell. Vermögende dürfen nicht durch Steueroasen oder Schlupflöcher privilegiert werden, auch sie profitieren von Kindergärten, Schulen und einer modernen Infrastruktur. Steuerhinterziehung „ist eine spezifische Form der Oberschichtenkriminalität“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann. Es gehe um eine „härtere Gangart“ gegen Steuersünder.

„Man kann kein Abkommen unterschreiben, in dem steht, dass deutsche Steuerbehörden aufhören sollen, zu ermitteln“, sagte der Finanzexperte Carsten Sieling zum gescheiterten Steuerabkommen mit der Schweiz. Das wurde bereits im Oktober vom Bundesrat abgelehnt. Die Bundesregierung um Finanzminister Schäuble (CDU) hatte im vergangenen Jahr in geheimen Sitzungen einen Vertrag mit der Schweiz ausgehandelt, der die Besteuerung des Kapitalverkehrs der beiden Länder gesetzlich festhalten sollte. In dem Abkommen wurde vereinbart, das von 2013 an die Kapitalerträge deutscher Bundesbürger der letzten zehn Jahre mit 21 bis 41 Prozent besteuert würden. Die Betroffenen wären vollkommen anonym geblieben. Thomas Oppermann sagte damals dazu: „Das Abkommen mit der Schweiz verhindert Steuerhinterziehung nicht. Statt dessen wird es noch schwerer, die Steuerkriminellen zu verfolgen.“

Das Steuerabkommen hätte der Regierung zwar zusätzliche Milliarden eingebracht. Die Steuerbetrüger wären aber quasi ungeschoren davon gekommen, ihre Taten legalisiert worden. Das halten die Sozialdemokraten für nicht gerecht. „Was dabei herauskam, muss für Steuerkriminelle mit schlechtem Gewissen wie ein Heilsversprechen gewirkt haben,“ konnte man auf sueddeutsche.de zum Steuerabkommen lesen. Von der Opposition hieß es damals, dass es nicht angehe, Steuerbetrüger nachträglich zu belohnen. Joachim Englisch, Professor für Steuerrecht an der Universität Münster, sagte in einem Interview mit der Frankfurter

Rundschau: „Ich halte das Abkommen für eine verfassungsrechtlich bedenkliche Privilegierung einer Gruppe zum Teil sehr vermögender Personen, die ihr Kapital in der Schweiz angelegt haben.“

An diesem Mittwoch sprach SPD-Fraktionsvize Florian Pronold dazu im Plenum und konstatierte, dass jeder Arbeitnehmer jeden Monat eine Steuererklärung abgeben muss; die Millionäre, die ihr Geld in Steueroasen schaffen, bekommen Fürsorge von Schwarz-Gelb. Der Präsident des FC Bayern Uli Hoeneß hat zugegeben, dass er sich selbst angezeigt habe, weil das Steuerabkommen nicht durchkam. Jetzt hat er von der Selbstanzeige Gebrauch gemacht, ob sie in seinem Fall strafbefreiend ist, klären nun die Behörden. Das ist ein Fall von 47.400 Fällen seit 2010. Thomas Oppermann sagte vor der Berliner Presse am Mittwoch dazu, dass die Öffentlichkeit ohne die Anzeige wohl niemals von dem Steuerfall Hoeneß erfahren hätten. Die SPD werde an dem Ausbau einer effizienten Steuerfahndung arbeiten. Selbstanzeige sei für den Moment akzeptabel, bis die nötige Umstrukturierung greift. Dazu gehören die Internationalisierung der Steuerfahndung und der automatische Informationsaustausch nationaler und internationaler Behörden. Banken, die mit Steuerbetrüchern zusammenarbeiten, müsse man die Lizenz entziehen, erklärte Oppermann. „Mann muss Steuerhinterziehung verfolgen, weil sonst das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat verloren geht.“

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters, es gehe bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung um eine sehr prinzipielle Frage. „Es ist keine Steilvorlage für die SPD, sondern es ist ein Beispiel dafür, dass wir in Deutschland nicht wirklich fair umgehen mit den Menschen“, sagte Steinmeier. „Die Menschen haben in Deutschland ohnehin den Verdacht, dass die Kleinen herangezogen werden und dass die Großen immer wieder Auswege finden.“ Peer Steinbrück formulierte am Donnerstag im Plenum: „Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine erfolgreiche Gesellschaft.“

Vgl. zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen und die Ablehnung durch SPD und Grüne den Liebe-Freunde-Brief von Joachim Poß: <http://www.spdfraktion.de/themen/warum-die-spd-das-steuerabkommen-abgelehnt-hat>

STATEMENT: „Steuerhinterziehung ist Verletzung der Solidarität“

Der Fall Hoeneß - inzwischen ist er zum Politikum geworden. Das geschah vor allem dadurch, dass der Fußballmanager mitteilte, er habe auf das Schweizer Steuerabkommen gehofft, dass ihm Anonymität gesichert hätte. Die SPD hat das mit den rot-grün regierten Ländern jedoch verhindert.

"Steuerhinterziehung ist Betrug, es ist eine Verletzung der Solidarität", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier am Montag vor Journalisten und ergänzte: "Steuerhinterziehung untergräbt das moralische Fundament der Gesellschaft." Er zitierte Peer Steinbrück, dass Steueroasen "Gerechtigkeitswüsten" seien.

Steinmeier wies darauf hin, dass Union und FDP bis heute die Länder dafür kritisieren, dass sie das deutsch-schweizerische Steuerabkommen im Bundesrat zu Fall gebracht hätten. Der Fall Hoeneß zeige nun, warum die SPD immer gegen dieses Abkommen war.

Er verwies die Journalisten auf das Acht-Punkte-Papier der SPD, das unter der Führung Peer Steinbrücks entstanden war und Maßnahmen vorschlägt zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten im Steuersystem und zum Ende von Steuerschlupflöchern. Steinmeier: "Um gegen

Steuerbetrug vorzugehen braucht man Mut, Engagement, und man muss öffentlich dafür eintreten."

Fragen an CSU im Bundestag

Zu Uli Hoeneß konkret sagte Steinmeier, dass er ihn als Fußballer schätze, als Fußballmanager respektiere. Alles weitere sei nun Aufgabe der Behörden und der Staatsanwaltschaft. Die SPD-Fraktion werde das Thema Steuerhinterziehung diese Woche im Bundestag ansprechen und fragen, warum der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) so engagierter Befürworter des Steuerabkommens sei. Und vor allem: Auf welchem Weg hat Horst Seehofer wann von dem Fall Hoeneß erfahren? Und ist Uli Hoeneß womöglich Spender der CSU?

„Mein Rat an Horst Seehofer ist, nun Farbe zu bekennen“, sagte Steinmeier. Er rechnet nicht mehr damit, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung sich in dieser Legislatur noch ernsthaft gegen Steuerhinterziehung einsetzen wird.

WIRTSCHAFT

„Wir sind Partner der Realwirtschaft“

Der deutsche Mittelstand steht vor vier großen Herausforderungen. Mit diesen Worten hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil das Pressegespräch zu dem neuen Positionspapier „Unternehmen Zukunft – Politik für einen starken Mittelstand“ an diesem Montag in Berlin eröffnet. Heil und Wolfgang Tiefensee, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, legten dar, warum die SPD Partner der Wirtschaft ist.

Die wohl wichtigste Herausforderung für den Mittelstand ist in den kommenden Jahren die Fachkräftesicherung. „Das Erwerbstätigenpotenzial geht zurück“, konstatierte Hubertus Heil. Er folgerte, es komme nun darauf an, das vorhandene Potenzial zu stärken, indem etwa die duale Ausbildung gefördert und das Bildungssystem durchlässiger gestaltet werde. Dazu gehöre auch eine „maßvolle Akquise von Fachkräften aus dem Ausland.“ Wolfgang Tiefensee ergänzte, Jugendliche müssten „fit gemacht werden“, um dem demografischen Wandel in der Arbeitswelt gerecht zu werden. Für ihn ist klar: Die SPD will „Anwalt der Wirtschaft“ sein, sie im Bereich Innovation und Investition stärken, in der Bürokratie dagegen entlasten. Er berichtete von zahlreichen Gesprächen mit Mittelständlern, Unternehmerinnen, Freiberuflern, Selbständigen und Verbandsvertreterinnen und -vertretern, die alle konstruktiv und mit großer Offenheit geführt worden seien.

Die zweite Herausforderung ist laut Heil der technische Fortschritt, die Innovation. Hier müssen Unternehmen mit „aktiver Mittelstandspolitik“ gestärkt werden, dazu gehöre auch eine funktionsorientierte, moderne Infrastruktur.

Auch die Internationalisierung ist ein wichtiges Thema. Die SPD-Fraktion will bessere Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Betriebe schaffen, damit sie ausländische Märkte erschließen bzw. sichern können.
Existenzgründung stärken

Vor allem aber die Energiewende brenne der Wirtschaft unter den Nägeln. Hubertus Heil sagte: „Wir wollen bezahlbaren Strom und eine planbare Energiewende. Damit stärkte er noch einmal das Anliegen der SPD und der SPD-Fraktion, „Partner der Realwirtschaft“ zu sein, nicht der virtuellen an Börsenplätzen.

Zu den Maßnahmen der SPD-Fraktion gehört unter anderem, die Existenzgründung wieder einzuführen und womöglich einen Rechtsanspruch darauf zu erstellen. Heil: „Wir wollen eine Investitionsförderung.“

Heil und Tiefensee nahmen beide auch Stellung zu der Frage, ob die avisierten Steuererhöhungen der SPD mittelständische Betriebe treffen. Heil: „Wir werden die Substanz der Unternehmen nicht belasten. Die Eigenkapitalbasis wird nicht herangezogen.“ Er erinnerte daran, dass die Union sich noch gar nicht geäußert habe, was sie plane – „die sind eine Blackbox“. Die SPD sagt, was sie tun wird und ist damit verlässlich.

Antrag Mittelstandspolitik im Bundestag

Heil kündigte an, dass das Thema Mittelstand am kommenden Donnerstag in der Kernzeit im Plenum des Bundestages behandelt werde. „Wir bringen einen Antrag mit 43 Maßnahmen ein“, so Heil. Diese Maßnahmen sind in dem Positionspapier der SPD-Fraktion unter neun Stichpunkten auf 35 Seiten fixiert. Das Papier ist hier zu finden: http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/web_positionen_4_13_mittelstand.pdf

Die Fraktion hat zudem eine Wirtschaftsbroschüre herausgegeben, in der ihre wichtigsten Forderungen redaktionell aufbereitet sind. Sie ist hier zu finden: http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/wirtschaftsbroschuere_end-_und_webversion_gesamt.pdf

Der Mittelstand braucht politische Partner

Unter dem Titel „Unternehmen Zukunft“ hat die SPD-Bundestagsfraktion am Montag ihr Konzept für einen starken Mittelstand vorgestellt. Am Donnerstag brachten die Sozialdemokraten ihre Vorschläge in den Bundestag ein (Drs. 17/13224). Sie stellen damit der wirtschaftspolitischen Untätigkeit von Union und FDP konkrete Maßnahmen für den Mittelstand entgegen.

Denn, so SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil im Parlament: „Der deutsche Mittelstand braucht starke politische Partner.“ Schwarz-Gelb sei das nicht. Der Regierung warf er wirtschaftspolitische Untätigkeit und energiepolitisches Chaos vor.

Auch die Mittelstandsbeauftragte für das Handwerk der SPD-Fraktion, Rita Schwarzelühr-Sutter, kritisierte, die Koalition verschließe vor Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Energiewende und den Fragen der Mittelstandsfinanzierung und Existenzgründung die Augen. „Der Ifo-Geschäftsklimaindex zeigt, dass sich die Stimmung mehr und mehr eintrübt“, warnte sie.

Für eine ambitionierte Mittelstandspolitik

Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es dagegen um eine „ambitionierte, zukunftsorientierte Mittelstandspolitik“, wie Hubertus Heil sagte. Dazu gehören vor allem die Fachkräftesicherung, Innovationsanreize, Infrastruktur und Energiepolitik.

Stichwort Fachkräftesicherung: Die SPD-Fraktion fordert konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Stärkung der dualen Ausbildung, zur besseren Unterstützung benachteiligter Jugendlicher und für eine leichtere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Statt das Potenzial von Frauen zu erkennen und mehr Frauen die Berufstätigkeit zu ermöglichen, hält Schwarz-Gelb mit dem Betreuungsgeld Frauen von eigenen Erwerbsmöglichkeiten fern.

Stichwort Innovationsanreize und Finanzierung: Das SPD-Konzept enthält eine Reihe konkreter Vorschläge, um Existenzgründungen zu erleichtern, Investitionen zu finanzieren und Innovationen zu fördern. Dazu gehört auch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Genau das hatte Schwarz-Gelb vor vier Jahren vollmundig versprochen, aber bis heute nicht eingelöst.

Stichwort Infrastruktur: Hubertus Heil erinnerte daran, dass selbst der Bundesverband der deutschen Industrie einen massiven Verfall der Infrastruktur beklagt. Der Nord-Ostsee-Kanal musste gesperrt werden, ebenso Autobahnbrücken, so Heil, „weil Herr Ramsauer und diese Bundesregierung zu wenig in die wirtschaftsnahe Infrastruktur investieren.“ Die SPD-Fraktion fordert eine klare Prioritätensetzung in der Planung und Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Das gleiche gilt für den Ausbau von schnellen Internetanschlüssen und der Energienetze.

Stichwort Energiewende: Gerade der Mittelstand leidet unter dem energiepolitischen Chaos, das die Bundesregierung angezettelt hat. Planungs- und Investitionssicherheit sind zerstört. Steigende Strompreise belasten mittelständische Unternehmen. Rita Schwarzelühr-Sutter bilanzierte: „Das Auf und Ab der Regierung in der Energiepolitik ist zum Risikofaktor für mittelständische Unternehmen geworden.“

Wolfgang Tiefensee, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sagte: „Mit diesem Chaos kann der Mittelstand nicht zum stabilen Anker für die Volkswirtschaft werden“. Deswegen wendeten sich immer mehr Mittelständler sozialdemokratischer Politik zu, so Tiefensee. „Der Mittelstand ist bei der SPD besser aufgehoben als bei Schwarz-Gelb.“

RECHTSPOLITIK

Bestechung von Abgeordneten muss auch in Deutschland endlich strafbar sein

Vor mehr als einem Jahr hat die SPD-Fraktion ihren Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung (Drs. 17/8613) in den Bundestag eingebracht. Die Anhörung des Rechtsausschusses hat im Oktober 2012 stattgefunden. Seither verhindern die Koalitionsfraktionen die abschließende Beratung im Rechtsausschuss durch stetige Vertagung. Die Koalition entzieht sich der Diskussion um die Notwendigkeit einer strafrechtlichen Regelung sehenden Auges, dass die Bundesrepublik mit jedem Monat international an Ansehen verliert. Seitens der international tätigen deutschen Unternehmen wird eine gesetzliche Regelung der Abgeordnetenbestechung mit Hinweis auf die schlechte Reputation Deutschlands deshalb auch immer vehementer eingefordert.

Die von der Union gerne reklamierten verfassungsrechtlichen Bedenken sind an den Haaren herbeigezogen. Von den Unterzeichnern des UN-Antikorruptions-Übereinkommens aus dem Jahr 2003 haben mittlerweile 165 Vertragsstaaten das Abkommen ratifiziert. Nicht umgesetzt haben das Abkommen Syrien, Sudan, Saudi-Arabien, Nordkorea – und bedauerlicherweise die Bundesrepublik Deutschland. Keine gute Gesellschaft, in der wir uns befinden. Da die Vogel-Strauß-Politik der Koalition langsam unerträglich wird, haben wir am heutigen Freitag eine GO-Debatte geführt.

Parallel dazu hat der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Burkhard Lischka mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses Siegfried Kauder und den Berichterstattern der Fraktionen Die GRÜNEN und Die Linke einen Vorschlag für eine fraktionsübergreifende Initiative zur Regelung der Abgeordnetenbestechung erarbeitet. Der Entwurf wird zumindest von der Fraktionsspitze der Union nicht mitgetragen. Vor dem Hintergrund zunehmenden internationalen Drucks bleibt zu hoffen, dass sich einzelne Abgeordnete der Union der Initiative

anschließen. Wir sollten die Chance zu einer gesetzlichen Regelung noch in dieser Legislaturperiode nicht ungenutzt lassen. Alles andere schadet dem Ansehen Deutschlands in der Welt.

VERKEHR

Deutschlands Verkehrsinfrastruktur ist ausgepowert

Deutschland braucht eine leistungsfähige Infrastruktur, um auch künftig als moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort erfolgreich zu sein und eine hohe Lebensqualität zu sichern. Das gilt insbesondere für die Verkehrsinfrastruktur.

Die Bundesregierung investiert zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur, und oft mit falschen Prioritäten. Die Folge davon sind Kapazitätsengpässe und Staus, zu wenig Schutz vor Verkehrslärm, die Verfehlung der Klimaschutzziele und ein zunehmender Verfall der Infrastruktur durch fehlende Instandhaltung. Die fehlenden Finanzen für die Verkehrsinfrastruktur haben dazu geführt, dass wichtige neu- und Ausbauprojekte wie die Anbindung der deutschen und der ZARA-Seehäfen (Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam) an das deutsche Hinterland und der Ausbau wichtiger Bahnknoten wie Köln und Dortmund unterbleiben oder nur sehr schleppend vorankommen.

Deutschland lebt von seiner Substanz

Wie dramatisch der Verfall der Verkehrswege ist zeigt z. B. der schlechte Zustand der Bundesfernstraßenbrücken. Bei rund 72 Prozent der Brücken ist der Zustand nur noch befriedigend bis ausreichend. Ein Grund dafür ist der Anteil alter Brücken, die vor 1975 erbaut wurden und die stetig wachsende Belastung durch Schwerlastverkehr.

Der jährliche Mehrbedarf für den Erhalt und Betrieb der Bundesschienenwege wird auf rund 1 Milliarde Euro beziffert. Und für die Aus- und Neubauvorhaben müsste der Etat auf 2,3 Milliarden Euro aufgestockt werden, damit die bereits im Bau befindlichen Projekte in den kommenden zehn Jahren fertigstellen zu können. Bei den Bundeswasserstraßen sieht es nicht besser aus. Doch mehr Geld für die Verkehrswege genügt nicht, es muss auch effizient nach den richtigen Prioritäten eingesetzt werden.

Die SPD-Fraktion will einen breiten gesellschaftlichen Konsens für eine grundlegende Reform der Planung, Durchführung und Finanzierung von Verkehrsinvestitionen erreichen. Dazu gehören es auch, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu beteiligen, was nicht im Widerspruch zu kurzen Planungs- und Bauzeiten stehe. Denn eine breite Akzeptanz von Bauvorhaben sichere deren rasche Umsetzung.

Prioritäten richtig setzen – verkehrsträgerübergreifend planen

In ihrem Antrag „Konsens für eine moderne Infrastruktur – Die Bundesverkehrswege solide finanzieren“ (Drs. 17/13191) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung u. a. dazu auf, für den Bundeshaushalt 2014 und in der mittelfristigen Haushaltsplanung jährlich 2 Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur vorzusehen. Um den Substanzverfall zu stoppen, habe der Erhalt Priorität vor Aus- und Neubau. Auch dafür müssen die Finanzmittel sichergestellt werden. Dazu sind Sanierungspläne für die unterschiedlichen Verkehrsträger vorzulegen. Beim Aus- und Neubau müssen die Beseitigung von Engpässen, der Ausbau hoch belasteter Hauptachsen, Seehafenhinterlandanbindungen und Verkehrsknoten Vorrang haben.

Die Bundesverkehrswegeplanung muss in eine verkehrsträgerübergreifende Netzplanung, die erfüllbare und bezahlbare Prioritäten setzt überführt werden. Zudem sei eine größere

Transparenz und bessere Kontrolle der Mittelverwendung sicherzustellen. Der Schutz vor Verkehrslärm sei deutlich zu verbessern. Darüber hinaus seien die Voraussetzungen für eine LKW-Maut in der kommenden Legislaturperiode auf allen Bundes- sowie auf Landes- und Kommunalstraßen zu schaffen. Die damit erzielten Mehreinnahmen sollen zu 100 Prozent in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Die Bundesregierung soll sich außerdem gegen eine PKW-Maut aussprechen. Gemeinsam mit den Ländern soll ein Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur geschlossen werden.

Reform der WSV muss rechtssicher sein

Im Dezember 2012 hat die Bundesregierung Ländern und Verbänden den Entwurf eines Zuständigkeitsanpassungsgesetzes zur Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) zur Stellungnahme zugeleitet. Nach massiver Kritik an dem Entwurf, mit dem die Kompetenzen der sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen auf eine neu einzurichtende Zentralbehörde übertragen werden sollten, verfolgt die Bundesregierung das Gesetzesvorhaben nicht weiter.

Sie will die Umstrukturierung der WSV nun durch einen Organisationserlass ohne die parlamentarische Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat durchsetzen.

Die Übertragung der Zuständigkeiten auf die neu zu schaffende Generaldirektion birgt ohne ein Anpassungsgesetz erhebliche juristische Risiken. Vorgesehen sind außerdem die Schließung von Ämtern und die Abschaffung der eigenständigen Direktionen sowie ein drastischer Stellenabbau in der WSV. Dadurch droht ein Verlust an Kompetenz und regionaler Verankerung der WSV, der eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung für die Belange der Schifffahrt massiv gefährdet. Der Abbau der regionalen Direktionen ist zudem verfassungsrechtlich problematisch. Doch die Bundesregierung verweigert die Debatte über ein tragfähiges Zukunftskonzept für eine der wichtigsten Behörden in Deutschland.

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag (Drs. 17/13228) auf, den Verwaltungsumbau der WSV zu stoppen. Nach der Bundestagswahl soll ein neuer Dialogprozess über die künftige Struktur der WSV beginnen. Dabei sind die WSV-Beschäftigten, ihre Interessenvertretung sowie der Bundestag einzubinden. Allen Entscheidungen über die künftige Struktur der WSV ist eine umfassende Aufgabenkritik und eine Personalbedarfsermittlung voranzustellen. Außerdem ist eine Wirtschaftlichkeitsprüfung der Vergabe von Aufgaben an private Unternehmen durchzuführen, die auch den Fall einer Eigenerledigung durch die WSV einschließen soll. Zudem ist die WSV angemessen mit Haushaltsmitteln auszustatten.

NETZPOLITIK

SPD bringt erneute Initiative zur Absicherung der Netzneutralität auf den Weg

Die Ankündigung der Deutschen Telekom einer möglichen Drosselung von Breitbandzugängen und die Privilegierung von eigenen Angeboten belegt den gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Sicherung der Netzneutralität: Es gibt bereits heute zahlreiche Verletzungen der Netzneutralität, und die aktuellen Vorhaben gefährden die Netzneutralität massiv. Jetzt rächt sich, dass die schwarz-gelbe Koalition bei der Sicherung der Netzneutralität allein auf den Markt setzen wollte.

Erst in der vergangenen Woche haben mehr als 80 Verbraucher-, Internetnutzer- und Bürgerrechtsorganisationen die EU-Kommission dringend aufgefordert, endlich die Netzneutralität in Europa gesetzlich zu verankern. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die schwarz-gelbe Koalition und die Bundesregierung auf, ihre netzpolitische Untätigkeit endlich aufzugeben und die Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben.

Die Netzneutralität muss angesichts der jetzt diskutierten Vorhaben endlich gesetzlich verankert werden. Sie ist die Grundlage für die Freiheit und Innovationsfähigkeit des Internets. Im Regierungsprogramm der SPD ist eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität enthalten. Die SPD-Bundestagsfraktion wird jetzt eine erneute parlamentarische Initiative auf den Weg bringen, um Netzneutralität und Diskriminierungsfreiheit dauerhaft zu sichern. Die schwarz-gelbe Koalition wäre gut beraten, dieses Vorhaben nicht länger zu blockieren.

ENERGIE

Ein öffentliches Interesse – der Ausbau von Stromleitungen

Zur 2./3. Lesung des Regierungsentwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Bundesnetzbedarfsplangesetz) hat die SPD-Fraktion zwei Entschließungsanträge eingebracht: einen gemeinsam mit den Grünen und einen in eigener Regie. Der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rolf Hempelmann, erläuterte die Zustimmung der SPD zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, auch wenn dieser noch verbesserungswürdig sei. So beschränke sich das Gesetz auf die Übertragungsleitungen und lasse die Verteilnetze und die so genannten Intelligenen Netze, die bei flexibler Nachfrage notwendig seien, außen vor. Die SPD wolle mit ihrer Zustimmung den Netzbetreibern, den Investoren und den finanzierenden Banken Planungssicherheit noch vor der Bundestagswahl geben. Außerdem stimme die SPD dem Entwurf des Bundesrates zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zu. Dieser sieht bei den Hochspannungsleitungen (110 kv) vor, dass Erdverkabelung zur Regel wird.

Energiewende braucht den Ausbau der Übertragungsnetze

Maßgeblich für das Gelingen der Energiewende ist der rasche Ausbau der Übertragungsnetze. Deren Bedarf wurde mit dem Energieleitungsausbaugesetz und dem Bundesbedarfsplangesetz festgestellt. Die Fertigstellung dieser Übertragungsnetze liegt im öffentlichen Interesse und ist Teil der Daseinsvorsorge. Außerdem werden diese Netze für die Versorgungssicherheit in einzelnen Regionen Deutschlands gebraucht. Sie können verhindern, dass Strom aus dem Norden unseres Landes über ausländische Stromtrassen geleitet werden muss.

Ausbau der Stromübertragungsnetze voranbringen

Der Finanzierungsbedarf für diese Netze liegt bis 2022 bei etwa 20 Milliarden Euro. Auch bei einer gesetzlich vorgeschriebenen Rendite und einer somit gesicherten Refinanzierung haben die Netzbetreiber eine erhebliche Vorleistung zu erbringen. Die ist nicht in allen Fällen gesichert. Deshalb kann der Netzausbau auf Grund von einer nicht ausreichenden Kapitaldecke ins Stocken geraten. Bund und Länder haben ein großes Interesse daran, dass die Netze ohne Verzögerung gebaut werden. Bisher kommt der Stromleitungsbau jedoch nur schleppend voran. Von den im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) im Jahr 2007 geplanten 1855 km Höchstspannungsleistungen sind bislang nur 268 km gebaut worden. Auch beim Anschluss der Offshore-Windparks gab es erhebliche Verzögerungen, für die nun die Verbraucherinnen und Verbraucher 0,25 Cent pro Kilowattstunde bezahlen müssen, was Schwarz-Gelb im Dezember 2012 entschieden hatte.

Deutsche Netzgesellschaft in öffentlicher Hand gründen

Die Fraktionen von SPD und Grünen sehen es als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge an, dass der erforderliche Netzausbau an Land und auf See zügig und zuverlässig realisiert wird. Deshalb fordern beide Fraktionen die Bundesregierung auf, eine Deutsche Netzgesellschaft in öffentlicher Hand zu gründen und zügig die gesetzliche Grundlage zu schaffen, dass diese eigene Stromleitungen im Bundesgebiet sowie innerhalb der ausgewiesenen Wirtschaftszone (AWZ) vor der Nordseeküste errichten kann. Die so geschaffene Deutsche Netzgesellschaft (DNG) solle mehrheitlich in die Finanzierung der Netzprojekte zum Anschluss der Offshore-Windparks einsteigen.

Bürger am Netzausbau beteiligen

Weiter heißt es in dem Antrag, dass eine Holding zu gründen sei, an der die Deutsche Netzgesellschaft mehrheitlich zu beteiligen sei. Sie solle den Betrieb der von der DNG mit gehaltenen Leitungen sowie später aus dem Bestand übergegangenen Leitungen gemeinsam mit privaten Akteuren und interessierten Netzbetreibern übernehmen. Zudem solle die Bundesregierung überprüfen, wie finanzielle Anlagemöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger bei Netzausbauprojekten ausgestaltet werden könnten. Damit sollten vor allem Anwohnerinnen und Anwohner in unmittelbarer Nähe der Netzausbauprojekte angemessen beteiligt werden können.

Regelungslücken schließen

In einem weiteren Entschließungsantrag fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, bei der Novellierung des Bundesbedarfsplangesetzes Änderungen umzusetzen. Schließlich habe die Anhörung zum Regierungsentwurf eines Bundesbedarfsplangesetzes Änderungsbedarf und Regelungslücken ergeben, die zum nächstmöglichen Zeitpunkt in das Gesetz eingearbeitet bzw. geschlossen werden müssten. Dazu zählt, dass in dem stetig größer werdenden Übertragungsnetz eine klare Regelverantwortung geschaffen und die Schadenersatzpflicht zugeordnet werden müssten.

Klarheit bei der Leitungsplanung schaffen

Zudem müsse klargestellt werden, dass die im Gesetz genannten Anfangs- und Endpunkte (Netzverknüpfungspunkte) der Leitungen keine parzellenartige Festlegungen bedeuteten. Deshalb müsse deutlich werden, dass bei einer räumlichen Verlagerung die Bindungswirkung der genannten Trasse im anschließenden förmlichen Genehmigungsverfahren gewahrt bleibe. Ein Suchradius müsse im Gesetz geregelt werden, damit es zu keinem Normenkonflikt komme. In den Novellierungen des Gesetzes müssten die Optimierungen benannt werden, mit denen technische Innovationen, geänderte Lastflüsse und Veränderungen bei Erzeugungsanlagen aufgenommen würden. Im Gesetz sei eine klare Abstandsregelung von Leitungen und ihren Nebenanlagen zu Wohngebieten vorzusehen. Die zum Netz gehörenden Anlagen wie Umspannwerke, Konverter, Zuleitungen o. a. müssten in Bezug auf das Genehmigungsverfahren genauso wie die Netze behandelt werden.

Im Rahmen der Bundestagsdebatte wurden auch die SPD-Anträge „Die Strom-Versorgungssicherheit in Deutschland erhalten und stärken“ (Drs. 17/12214) und „Den Netzausbau bürgerfreundlich und zukunftssicher gestalten“ (Drs. 17/12681) abschließend beraten.

SOZIALES

Von der Leyen redet Bildungs- und Teilhabepaket schön

Vor zwei Jahren trat das Bildungs- und Teilhabepaket als Folge eines Bundesverfassungsgerichtsurteils für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Das sind rund 2,5 Millionen Anspruchsberechtigte. Seit seiner Einführung wird die bürokratische und wenig praxisnahe Umsetzung kritisiert. Medien berichteten, dass die Leistungen kaum in Anspruch genommen werden. In dieser Woche machte die Information die Runde, dass Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen (CDU) eine Studie präsentieren werde, die den Erfolg des Bildungs- und Teilhabepakets belege.

Von der Leyens Zahlen sind nicht aussagefähig

Den Abgeordneten waren die Zahlen aus der Studie nicht bekannt. Auf Druck der SPD-Fraktion wurde der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales über die aktuellen Zahlen in einer Sondersitzung informiert, und Frau von der Leyen hat ihre Pressekonferenz um drei Tage vorgezogen. Doch die Zahlen aus der Studie sind wenig aussagefähig. Da wird von 73 Prozent der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren berichtet, die das Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch nehmen würden. Doch auf Nachfrage musste von der Leyen einräumen, dass ein aus dem Paket geförderter Schulausflug ausreiche, um in die Statistik aufgenommen zu werden. So kämen die 73 Prozent zusammen, selbst wenn andere Leistungen wie Lernförderung, Mittagessen, Teilnahme an Sport und Kultur nicht genutzt oder auch mangels Angebot nicht genutzt werden können. Das Ministerium musste auch zugeben, dass in Regionen mit einer schlechten Infrastruktur das Bildungs- und Teilhabepaket nicht ankommt. Damit wird deutlich, dass das soziokulturelle Existenzminimum nicht gewährleistet ist: Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht genau das in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 eingefordert.

Bildungs- und Teilhabepaket ist bürokratisch und stigmatisiert Familien

Wieder einmal wird von Seiten der Bundesregierung versucht, mit beschönigenden Ergebnissen der Öffentlichkeit Erfolge vorzugaukeln. Erst war es der 4. Armuts- und Reichtumsbericht und jetzt ist es von der Leyens Studie zum Bildungs- und Teilhabepaket. Dabei stehen die Ergebnisse dieser Studie in einem eklatanten Widerspruch zu den Ergebnissen anderer Studien, deren Titel bereits für sich stehen: „Anspruch nicht eingelöst“ heißt die Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und „Nachhilfe für das Bildungspaket“ ist der Titel einer Studie der Vodafone-Stiftung. Nach Umfragen des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages erhalten nur rund die Hälfte der berechtigten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Das Paket schreckt viele Anspruchsberechtigte durch bürokratische Hürden ab, und es wirkt stigmatisierend, weil es in Form von Sach- und Dienstleistungen erbracht wird. Denn den Eltern wird unterstellt, dass das Geld sonst nicht richtig bei den Kindern ankäme. Die Leistungshöhe des Pakets wird auch vielfach als nicht ausreichend kritisiert.

Bildungs- und Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen sicherstellen

Anstatt schöner Worte soll von Leyen dafür sorgen, dass die Leistungen unbürokratisch in Anspruch genommen werden können, die Bildungsinfrastruktur gestärkt und die Schulsozialarbeit ausgeweitet wird. Die SPD-Fraktion formulierte in einem Antrag einen umfangreichen Forderungskatalog, mit dem Bildung und soziokulturelle Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden soll.

Dazu sollen die 10 Euro monatlich zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ohne Antrag mit dem Regelsatz ausgezahlt werden. Ebenso soll mit dem Schulbedarfspaket von 100 Euro jährlich so verfahren werden. Der Zugang zur Lernförderung soll vereinfacht und diese möglichst direkt von den Schulen angeboten werden. Ganztagschulen und auch die Ganztagsbetreuung für ein- bis sechsjährige Kinder sollen flächendeckend ausgebaut werden. An Schulen, Horten und Kitas soll ein gemeinsames und gesundes Mittagessen sichergestellt werden, ohne Kinder aus benachteiligten Familien zu diskriminieren. Auf den Eigenanteil von 1 Euro pro Mahlzeit soll verzichtet und dadurch Verwaltungsaufwand vermieden werden. Lediglich Einmal- und Härtefalleistungen sowie nur schwer pauschalierbare Kosten wie für Kita- und Schulausflüge sowie Beförderungskosten sollen weiterhin auf Antrag gewährt werden. Zudem soll eine Direktzahlung an die Eltern ohne den Umweg über Gutscheine oder Sachleistungen zur Reduzierung des Verwaltungs- und Kostenaufwands erfolgen.

UMWELT

Reloadtaste beim Emissionshandel drücken

Durch die Überausstattung der Unternehmen mit Emissionszertifikaten, eine zu niedrige Emissionsobergrenze in der Europäischen Union sowie zu viele Zertifikate aus dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung aus Entwicklungsländern (Clean Development Mechanism – CDM-Projekte) besteht ein erhebliches Überangebot an Emissionszertifikaten. Das führte zu einem enormen Preisverfall bei den Emissionszertifikaten. Mitte 2011 kostete eine Tonne CO₂ noch 18 Euro. Im April 2013 liegt der Preis dafür bei nur noch rund 3 Euro. Damit die Unternehmen einen Anreiz haben, in dauerhaft wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu investieren, müsste der Verkaufspreis für die Verschmutzungszertifikate bei 20 Euro bis 30 Euro liegen. Angesichts des aktuell sehr niedrigen Preises lohnt es sich für die Unternehmen nicht, in Klimaschutz zu investieren.

Preisverfall beim Emissionshandel bedeutet Ebbe im Energie- und Klimafonds

In Deutschland bedeuten die einbrechenden Einnahmen aus dem Emissionshandel auch, dass der Energie- und Klimafonds nicht wie geplant gespeist werden kann. Daraus wollte die schwarz-gelbe Bundesregierung z. B. die CO₂-Gebäudesanierung und die Elektromobilität fördern. Mittlerweile musste sie einlenken und Mittel aus dem Bundeshaushalt und über die KfW zur Verfügung stellen. Ansonsten wären alle Projekte nicht zu finanzieren gewesen.

Damit der europäische Emissionshandel, der auch als Vorbild für andere gilt, wieder seine sinnvolle Wirkung entfalten kann, müssen in einem ersten Schritt überschüssige Zertifikate aus dem Markt genommen werden. Dieses so genannte Backloading im Wert von 900 Millionen Euro hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, was das Europaparlament am 16. April 2013 in einer ersten Abstimmung mit konservativer und liberaler Mehrheit ablehnte. Das Vorhaben ist nun an den Umweltausschuss des Europaparlaments zurück überwiesen worden und wird in etwa zwei Monaten wieder im Parlament zur Abstimmung stehen.

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag (Drs. 17/13193) auf, die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag zu unterstützen CO₂-Zertifikate vorübergehend aus dem Markt zu nehmen.

Es liegt in Merkels Verantwortung, das zu entscheiden und in ihrer Koalition durchzusetzen. Wenn es kein klares Signal für einen wirkungsvollen Emissionshandel gibt, dann wird das System in Frage gestellt werden. Ein funktionierender weltweiter Emissionshandel steht für faire Wettbewerbsbedingungen und neue Schlagkraft für den Klimaschutz.

Emissionshandel braucht strukturelle Änderungen

Allerdings kann das Backloading nur ein erster Schritt sein, mittel- bis langfristig muss der Emissionshandel durch strukturelle Maßnahmen zukunftsfähig gemacht werden. Dazu gehört z. B. die ehrgeizige Absenkung der zulässigen Gesamtmenge an CO₂-Emissionen (Cap) sowie die Erhöhung des Treibhausgas-Reduktionszieles auf 30 Prozent bis 2020 in der EU sowie die Berücksichtigung von Effizienzzielen und der Wirkung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Nur so wird es zu Effizienzsteigerungen in den Unternehmen kommen.

Was sind die Gründe für die negativen Entwicklungen im Emissionshandel?

Zunächst wurden an die Unternehmen viel zu viele Verschmutzungszertifikate ausgegeben. Zudem wurde den Unternehmen gestattet, die verbliebenen Zertifikate aus der ersten Handelsperiode von 2008 bis 2012 in die neue Handelsperiode zu übertragen. Außerdem konnten Unternehmen durch teilweise fadenscheinige Projekte in Entwicklungsländern über den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung „Gutschriften“ von Verschmutzungszertifikaten erhalten. Diese Konstruktionsfehler sollten in einem weltweiten Zertifikatemarkt vermieden werden.

SOZIALES

Konsequenzen aus Armuts- und Reichtumsbericht ziehen

Die Bundesregierung ist seit den Bundestagsbeschlüssen vom Januar 2000 und Oktober 2001 verpflichtet, jeweils zur Mitte der Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Diese Berichterstattung muss die Ursachen von Armut und Reichtum darlegen. Sie ist Voraussetzung, um gesellschaftlichen Wohlstand gerecht zu verteilen und damit Armut zu beseitigen.

Zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht hat die SPD-Fraktion ihren umfangreichen Antrag „Die notwendigen politischen Konsequenzen aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ziehen“ (Drs. 17/13102) in den Bundestag eingebracht, der am 26. April im Plenum diskutiert wurde.

Der Bericht, den die schwarz-gelbe Bundesregierung zu verantworten hat, enthält methodische und politische Defizite. So war der Bundesregierung eine geschönte Präsentation der sozialen Verhältnisse wichtiger als mit einer nüchternen Analyse, die notwendigen Voraussetzungen und zielgenauen Handlungsoptionen für ein Umsteuern in der Verteilungsfrage hin zu einem gerechteren und sozialen Ausgleich vorzulegen. Die Bundesregierung hatte die Zusammenarbeit mit dem Beraterkreis zum Armuts- und Reichtumsbericht auf ein absolutes Minimum beschränkt. Den Termin für die eigene Beschlussfassung hatte die Bundesregierung monatelang verschoben, ohne die Kritik und Verbesserungsvorschläge von Sozialverbänden und Gewerkschaften zu integrieren. Im Ergebnis sind die verwendeten Indikatoren daher nicht ausreichend für eine sachgerechte Berichterstattung. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht ignoriert darüber hinaus die Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander

Obwohl sich die Bundesregierung bemüht hat, die realen Verhältnisse zu verschleiern, ist anhand der Daten u. a. Folgendes abzulesen: Seit dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht von 2008 ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander gegangen. Trotz guter konjunktureller Entwicklung hat das Armutsrisiko weiter zugenommen und liegt mit 15,1 Prozent auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Kinder sind mit 18,9 Prozent stärker von Armut bedroht als die Gesamtbevölkerung. Unsichere, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse

produzieren Armut und künftige Armutsrenten. Der Hinweis im ursprünglichen Bericht auf die positiven Folgen bestehender branchenbezogener Mindestlöhne wurde gestrichen.

Wachsender Reichtum für wenige und wachsende Armut für viele

Wachsender extremer Einkommensarmut stehen extrem steigende Spitzeneinkommen gegenüber. Die abnehmende Verteilungswirkung von Steuern und Sozialtransfers schmälert den sozialen Ausgleich und benachteiligt die weniger begüterten Bürgerinnen und Bürger immer stärker. Diese Entwicklungen haben zu einem großen Vermögensreichtum einer sehr kleinen und echten Reichtumselite und zu einer dauerhaften Unterschicht, in der sich Armut immer mehr verfestigt, geführt. Dies destabilisiert auch die Mittelschicht, bei der häufiger Übergänge nach unten als oben stattfinden. Die Wohlfahrtszuwächse der letzten 20 Jahre sind in der Breite der Bevölkerung nicht angekommen. In dem gleichen Zeitraum ist das Nettovermögen des Staates um 800 Milliarden Euro geschrumpft. Dies führte zu einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen und seiner Aufgabe für sozialen Ausgleich zu sorgen.

Bundesregierung zieht falsche Konsequenzen

Außerdem geht der Bericht nur mangelhaft darauf ein, dass Frauen stärker von diesen negativen Entwicklungen betroffen sind als Männer. Diese Negativentwicklung belastet auch die Kinder. Zudem zieht die Bundesregierung die falschen Konsequenzen aus den Feststellungen des Berichts, dass die Frauenerwerbsquote zur Bekämpfung von Armut erhöht werden muss und dass die niedrigen Einkünfte von Frauen ein Armutsrisiko sind: die Ausweitung der Minijobs von 400 Euro auf 450 Euro, die Ablehnung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns und der gesetzlichen Regelungen für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit (Entgeltgleichheit), die Einführung eines Betreuungsgeldes sowie die Ablehnung einer Frauenquote für Frauen in Führungspositionen.

Verteilungsgerechtigkeit gibt es nur mit sozial gerechter Steuerpolitik

Die SPD-Fraktion kommt zu der Schlussfolgerung, dass mehr Verteilungsgerechtigkeit nur möglich sei, wenn über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus der immense private Reichtum für die nachhaltige Finanzierung herangezogen werde. Die Bundesregierung will jedoch nur prüfen, wie „freiwilliges Engagement“ von Vermögenden „für das Gemeinwohl eingeworben werden kann“. Doch mit Spenden, heißt es im SPD-Antrag, sei kein Staat zu machen. Er finanziere sich über Steuern. Der Verzicht auf eine gerechte Steuerpolitik sei eine politische Bankrotterklärung, wodurch der private Reichtum weiterhin privilegiert werde.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, bei künftigen Armuts- und Reichtumsberichten einen Beraterkreis einzubinden, Indikatoren zu verbessern und die Berichterstattung auszuweiten. Als Antwort auf den 4. Armuts- und Reichtumsberichts, die Kommentierung durch den Beraterkreis sowie die Ergebnisse seiner öffentlichen Diskussion soll die Bundesregierung geeignete politische Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Armut, zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verminderung von Polarisierungen zwischen Arm und Reich vorlegen. Die SPD-Fraktion nennt einen umfangreichen Forderungskatalog aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Steuerpolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik sowie Bildung, der miteinzubeziehen sei.

Dazu gehören z. B.: die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns, die Begrenzung von Leiharbeit u. a. durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen befristeten Beschäftigung, die Neuregelung der Minijobs, eine umverteilende Steuerpolitik durch stärkere Besteuerung großer Vermögen, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erträge aus der Erbschaftssteuer, die Reform des Ehegattensplittings zu einer Individualbesteuerung mit gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen (ausgenommen sind bestehende Ehen), die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Ausweitung der Gewerbesteuer, die Einführung einer Bürgerversicherung in der Kranken- und

Pflegeversicherung, einer Weiterentwicklung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung und der Arbeitslosen- zu einer Arbeitsversicherung, eine bedarfsgerechte Festsetzung der existenzsichernden Leistungen, die Reform des Kindergeldes und Abschaffung des Betreuungsgeldes, die Entlastung privater Haushalte von Energiekosten, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Investitionen in frühkindliche Bildung, ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsangeboten und Ganztagschulen, die Förderung inklusiver Bildung, Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Studium und ein angemessenes BAföG, ein individueller Rechtsanspruch auf berufliche Qualifikation und Weiterbildung bei finanzieller Beteiligung der Betriebe sowie eine Reform des Bildungs- und Teilhabepakets, die dafür sorgt, dass der verfassungsrechtlich garantierte Teilhabeanpruch auch tatsächlich umgesetzt wird.

Conterganrenten werden deutlich erhöht

Viele contergangeschädigte Menschen leiden an sehr schmerzhaften Folge- und Spätschäden, die durch die Alltagsbewältigung mit ihrer Behinderung entstanden sind. Mit zunehmendem Alter verstärkt sich das durch die Überbelastung z. B. der Füße und des Rückens, durch die Übernahme von Tätigkeiten, die nichtbehinderte Menschen mit ihren Händen ausführen. Dadurch erleiden sie einen Verlust von Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Älter werdende Contergangeschädigte benötigen deshalb eine angemessene und zukunftsorientierte Unterstützung. Das belegt auch eine Studie der Universität Heidelberg, die im Auftrag des Deutschen Bundestages durchgeführte wurde

Bund stellt 120 Millionen für Contergangeschädigte bereit

Der Bundestag hat am 25. April den gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 17/12678, 17/13279) beschlossen. Das bedeutet für die Betroffenen, dass der Höchstsatz der monatlichen Renten für contergangeschädigte Menschen rückwirkend ab 1. Januar 2013 von derzeit 1152 Euro auf 6912 Euro ansteigt. Damit wird eine Handlungsempfehlung aus der Studie der Universität Heidelberg umgesetzt. Dafür stellt der Bund 120 Millionen Euro bereit. Darin enthalten sind auch Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro jährlich zur Deckung spezifischer Bedarfe der Betroffenen. Darüber hinaus regelt der Gesetzentwurf, dass auch alle Leistungen ausländischer Staaten an contergangeschädigte Menschen künftig auf Leistungen der Conterganstiftung – mit Ausnahme der jährlichen Sonderzahlungen – angerechnet werden. Rund zehn Prozent der 2700 Leistungsberechtigten leben derzeit im Ausland.

Mehr Transparenz im Stiftungsrat

Zusätzlich zu den Regelungen, wie sie im Gesetzentwurf bereits vorgesehen sind, hat die SPD zusammen mit Union, FDP und Grünen mit einem Änderungsantrag durchgesetzt, dass zukünftig die Arbeit des Stiftungsrates transparenter wird. Die Sitzungen sind zukünftig öffentlich. Nicht öffentlich darf nur verhandelt werden, wenn das berechnete Interessen einzelner Betroffener erfordern. Das muss in jedem Einzelfall begründet und beschlossen werden.

Einkommen und Vermögen von Angehörigen und Geschädigten schonen

Im Gesetzentwurf wurde geregelt, dass unterhaltspflichtige Angehörige im Bedarfsfall nicht vom Träger der Sozialhilfe in Anspruch genommen werden dürfen.

Dies wird nun durch den Änderungsantrag um eine Regelung ergänzt. Auch Einkommen und Vermögen von Angehörigen (Eltern, Kinder, Ehegatten oder Lebenspartner) wird nicht angerechnet.

Und auch die contergangeschädigten Menschen selbst sind überdies durch die mit der Schädigung verbundenen Anforderungen ohnehin erheblich belastet, so dass es folgerichtig ist, nicht nur Einkommen und Vermögen ihrer Angehörigen zu schonen, sondern auch das der contergangeschädigten Menschen.

Die Bundesregierung muss nun dem Deutschen Bundestag über die Auswirkungen dieses Gesetzes und über die gegebenenfalls notwendige Weiterentwicklung der Vorschriften alle zwei Jahre berichten.

VERANSTALTUNGEN

„Europa ist die Zukunftsfähigkeit für den Mittelstand“

Mehr als 700 Gäste sind am Montagabend zum zweiten Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion ins Reichstagsgebäude gekommen. Zuvor hatten viele der Gäste an drei Gesprächspaneln zu den Themen Energiewende, Fachkräftesicherung sowie Mittelstand und Innovationen teilgenommen.

In seiner Begrüßungsrede sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier mit Blick in den überfüllten Fraktionssaal, diese Gäste seien die Rechtfertigung für einen solchen Empfang - er freue sich, dass so viele den Weg hierher gefunden hätten, um zu reden und zuzuhören. Der Mittelstand habe "hohe Weltmarktanteile" und sei unbestritten das "Herz der deutschen Wirtschaft".

Während die Regierung in Chaos versinke, etwa bei der Energiewende, präsentiere die SPD Konzepte, um den Industriestandort Deutschland zukunftsfest zu machen. Steinmeier: "Wir sind entscheidungsfreudig, und das ist es, was die Wirtschaft möchte." Er sei sich einig mit Peer Steinbrück, dass es nicht nur um Schmeicheleien gehen könne und gute Worte, sondern um einen klaren Blick und Taten. Nicht zuletzt der Krisenpolitik der SPD mit dem damaligen Bundesfinanzminister Steinbrück sei es zu verdanken, "dass wir nach der Lehman-Pleite keinen industriellen Arbeitsplätze preisgegeben haben".

Entwicklung der Mitarbeiter am wichtigsten

Der Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes Metall, Martin Kannegiesser, sagte in seiner Rede, die "Tradition hat auf dem Weg in die Zukunft Recht behalten." Deutschland erziele Überschüsse mit Produkten aus der Hoch- und Höchstleistungsnorm. Entscheidender Faktor für den Mittelstand sei dabei die Innovationskraft. Er mahnte die Politik, das Projekt Europa nicht zu gefährden, "Europa ist unser Binnenmarkt". Denn die Unternehmen operierten heute weltweit, und das müssten sie auch. Exporte gingen schließlich in die ganze Welt.

Dabei stünden die Betriebe vor der Herausforderung der Technologieschübe und dem Zwang zu ständigen Komplettlösungen. Auch die weltweite Präsenz unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten müsse immer angestrebt und bedacht werden. Europa sei dabei der Heimatmarkt und helfe, den Mittelstand zukunftsfähig zu machen. Für die Unternehmen wie die Politik sei es nun vonnöten, sich dem wichtigsten Erfolgsfaktor für den Mittelsatand anzunehmen: dem Kapitalbedarf und vor allem der Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Peer Steinbrück wies in seiner Rede darauf hin, dass die Positionen Kannegiessers "nahe bei den SPD-Grundüberzeugungen" sei. Der deutsche Mittelstand sei neben dem dreigliedrigen Kreditwesen und dem dualen Ausbildungssystem ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu

anderen europäischen Staaten. Steinbrück stellte klar: "Der Markt braucht auch den Staat". Was sozial gerecht sei, sei auch ökonomisch sinnvoll.

Planspiel der SPD-Fraktion stößt auf Begeisterung

Aus ganz Deutschland kamen junge Leute, um in Berlin die Arbeit der SPD-Abgeordneten zu simulieren. Am Dienstag haben sie ihre AG-Anträge in ihrer Fraktionssitzung diskutiert.

Zum Vorsitzenden der Planspielfraktion wurde Florian Schuster (19 Jahre) aus Siegen gewählt. Unterstützt wurde Florian von Nick Schmidt Sarra, Yasin Günay und Sarah Karczewski, die seine Stellvertreter waren. Sie hatten die Aufgabe, vier Tage lang die Planspiel-Fraktion zu führen und die Arbeit in den Arbeitsgruppen zu koordinieren.

Die Jugendlichen arbeiteten in sechs Arbeitsgruppen und erstellten dort wie die wirklichen MdBs Anträge, die am Dienstag von der Planspiel-Fraktion beschlossen wurden und nun in die Arbeit der echten Fraktion einfließen.

In der AG Demokratie führte Leo Dammer die Runde. Die Gruppe debattierte über Volksentscheide, die Rolle der Parteien und politische Teilhabe von Jugendlichen. Sie verständigten sich auf den Antrag "Demokratie stärken - Partizipation fördern". Vor allem fokussiert sich der Inhalt auf einen stärkeren Einbezug von Jugendlichen, für die es mehr Möglichkeiten für politischen Engagement geben sollte.

Politische Bildung und Mitbestimmung hatte auch die Planspielgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus auf der Agenda. Eine zentrale Rolle spielen in dem Antrag die Landeszentralen für politische Bildung, es sollte eine in jedem Bundesland vertreten sein. AG-Sprecherin Elena Hierold erklärte dazu, dass die Landeszentralen unabhängig von den Lehrplänen in der Schule über Rechtsextremismus aufklären sollen. Mit einem Gesetzentwurf sollte ein verfügbares Budget für Projekte der Landeszentralen festgeschrieben werden. David Lukas Kosla forderte die Kultusminister/innen auf, dass die Aufklärung über den Nationalsozialismus schon von der fünften Klasse an beginnen soll.

Integration bereits im Kindergarten fördern

Über rassistische Erfahrungen haben viele Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Arbeitsgruppe Integration berichtet. Um vielen Vorurteilen gegenüber Ausländer/innen entgegenzuwirken, beschloss die AG mit Sprecher Philip Beck, dass der Religions- und Ethikunterricht neu strukturiert werden müsse. Zur Aufklärung könnten zudem mediale Kampagnen beitragen. Jedes Kind muss einen Kita-Platz haben, dann könnten sich Kinder verschiedener Kulturen bereits im jungen Alter kennenlernen. Vorurteile würden gar nicht erst entstehen, wie es im Antrag "Integration durch Bildung und Chancengleichheit" steht.

Das Betreuungsgeld wirke Entwicklungen moderner Politik entgegen, heißt es von der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In ihrem Antrag "Frauen in der Arbeitswelt" hielten sie fest, dass Ganztagschulen ausgebaut werden müssen. Frauen, vor allem junge Mütter, sollen von der Kindererziehung entlastet werden, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Jedes Elternteil sollte das Recht bekommen, für die Zeit, bis ihr Kind das 14. Lebensjahr erreicht hat, in Teilzeit arbeiten und danach wieder zur vollen Beschäftigung zurückkehren zu können. Dazu gehöre auch der Ausbau von Kindergärten. Zu Beginn wurde Ramiya Younes zur AG-Sprecherin gewählt.

Was muss passieren, damit Bildung in Deutschland besser wird? Die AG Bildung und Forschung diskutierte über Bildungsgerechtigkeit, Lernmittelfreiheit, Studiengebühren oder etwa über das längere gemeinsame Lernen. Till Ferber leitete eine kontroverse Debatte, in der nicht

immer alle Jung-Politikerinnen und -politiker einer Meinung waren. Man konnte sich jedoch auf ein gemeinsames Papier verständigen, das mit dem Titel "Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancengleichheit für alle" den mitwirkenden Arbeitsgruppen vorgelegt wurde.

Das Team der AG Arbeit und Soziales hatte bereits vor dem Planspiel die virtuelle Beteiligungsplattform Adhocracy der SPD-Bundestagsfraktion genutzt. Im Internet wurden die ersten Entwürfe für einen Antrag untereinander ausgetauscht. Die finale Fassung des Antrags "Reform von prekären Beschäftigungsverhältnissen" wurde daher zügig besprochen, eventuelle Änderungen vorgenommen. Die Angleichung der Löhne war ein wichtiges Thema für die Teilnehmer/innen. Leiharbeiter sollen fünf Prozent mehr Lohn erhalten, Gehälter müssen sich ohnehin an die Inflation koppeln. Dadurch soll eine Abnahme der Kaufkraft durch das sinken der Reallöhne verhindert werden. Auch Praktikanten/innen sollen entsprechend des branchenüblichen Tarifvertrages bezahlt werden.

Wie im wahren parlamentarischen Ablauf berieten andere Arbeitsgruppen über Anträge mit, brachten Verbesserungsvorschläge ein oder strichen einige Punkte ganz. Am Montagmittag wurden die Antragsentwürfe den mitberatenden Arbeitsgruppen vorgelegt. Den AGs lagen jeweils zwei Papiere vor, über deren Forderungen sich die Mitglieder/innen der Gruppen letztmalig vor der finalen Ausarbeitung beratschlagen konnten. Einige Anträge wurden von den anderen Arbeitsgruppen abgesegnet, andere mussten noch einmal völlig überarbeitet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten einiges an Arbeit, bevor sie sich mit ihren Abgeordneten aus den Wahlkreisen trafen oder beim Wirtschaftsempfang der Fraktion den Abend ausklingen ließen.

Diskussionen in der Fraktionssitzung

Am Dienstagmorgen stellten die Planspielabgeordneten ihre Anträge den „echten“ Arbeitsgruppen vor und diskutierten die Inhalte mit ihren realen Pendanten. In allen AGs bekamen die Planspieler konkretes Feedback der MdB. Die Ergebnisse der Planspielanträge fließen nun die Arbeit der wirklichen AGs ein.

Am Dienstagmittag stimmte schließlich die gesamte Planspielfraktion über die sechs Anträge ab. Erneut wurde engagiert diskutiert, wurden Aussagen gestrichen und dafür andere Forderungen hinzugefügt. Mit viel Effizienz führte der Fraktionschef Florian Schuster seine Nachwuchsfraktion.

Zum Schluss dankte die SPD-Parlamentsgeschäftsführerin Petra Ernstberger allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern – die revanchierten sich mit rührenden Foto-Geschenken für ihre Betreuerinnen und Betreuer seitens der SPD-Bundestagsfraktion.

Begleitet und beobachtet wurden die jungen „Abgeordneten“ von einem Redaktionsteam – ebenfalls Jugendliche –, das die Tätigkeiten der Hauptstadtpresse nachvollzog und eine Zeitung über die Arbeit der Planspiel-Fraktion produziert hat - samt Enthüllungsartikeln. Die Zeitung ist für alle Planspielerinnen und Planspieler eine Erinnerung an vier auf- und anregende Tage voll von politischer Begeisterungsfähigkeit.

Etliche Fotos vom Planspiel gibt es hier:
<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157633303289492/>

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>